



Maik Liebe aus Gossa kämpft gegen den Windräderrbau in der Dübener Heide. Hier bei Zschornowitz drehen sich schon welche.

FOTO: LIEBE

Windräder spalten Gemeinde

Zwischen Gröbern und Schmerz könnten bald riesige Energieerzeugungsanlagen die Landschaft prägen. Das lässt die Emotionen kochen. Für und Wider werden laut vorgetragen.

VON SYLVIA CZAJKA
UND ULF ROSTALSKY

GRÖBERN/MZ. Die Schmerzgrenze wurde im Muldestausee-Ortsteil Schmerz vor Jahren in Stein gemeißelt. Sie ist gleichzusetzen mit der Gemarkungsgrenze, ihr Abstand mit Metern angegeben, gemessen ab Dorfmitte. Jetzt bekommt die Schmerzgrenze eine neue Dimension. Es geht um Wind.

Kritik von Anwohnern

Sachsen-Anhalt setzt auf die Nutzung von Windkraft und hat Bundesrecht auf das Land heruntergebrochen. Bis Ende 2032 sollen mindestens 2,2 Prozent der Landesfläche für Windenergie vorgesehen sein. In Anhalt-Bitterfeld sind es bis 2032 sogar 2,3 Prozent. Mittendrin liegt die Gemeinde Muldestausee. Hier lebt Maik Liebe, der Sturm läutet, wenn er auf den geplanten Windpark zwischen Gröbern und Schmerz blickt.

„Dieses Projekt ist einfach wirtschaftlicher und gleichzeitig ökologischer Irrsinn und es bestraft unsere Region und die Menschen hier gleich mehrfach. Es hat Jahrzehnte gedauert, bis die Region re-

vitalisiert war, heute sogar mit Qualitäten eines Luftkurortes. Wir sind eine saubere, intakte Region mit realistischen Entwicklungszielen für sanften Tourismus, Gesundheit, Erholung, Freizeit“, macht sich der Gossaer Luft. Was den Familienvater aufregt, ist das Vorhaben, neun Windräder jeweils in der Größe des Berliner Fernsehturms inmitten der Dübener Heide zu errichten. „Denn was jetzt hier geplant ist, führt 35 Jahre nach der DDR-gemachten Umweltkatastrophe in dieser Region wieder zu einer katastrophalen Naturraumzerstörung auch durch Abholzung“, nimmt Liebe kein Blatt vor den Mund.

Auch Göran Hanke wäre ein Betroffener. Er würde von seinem Haus in Gröbern aus genau auf die

„Wir werden eine weitere Info-Veranstaltung durchführen.“

Ferid Giebler
Bürgermeister

Windräder blicken. Eine Perspektive, die ihm ganz und gar nicht gefällt. Aber Hanke sagt auch: „Meine komplette Ablehnung zum Vorhaben ist etwas gewichen.“ Nach den Erläuterungen von Bürgermeister Ferid Giebler (parteilos) auf der jüngsten Gemeinderatssitzung sehe er nun immerhin eine Chance, während des Planungsverfahrens Einspruch zu erheben. Und er habe Hoffnung, dass durch die neue Bundesregierung das Gesetz eine Änderung erfahre.

Muldestausee-Bürgermeister Ferid Giebler liegt viel daran, die in Teilen aufgeheizte Stimmung zu beruhigen. Er sei Realist, sagt er. Die Gemeinde müsse ihren Anteil am Ausbau der erneuerbaren Energie leisten. „Es kommt aber darauf an, ob wir zusehen oder mit am Steuer sitzen.“ Muldestausee will mitbestimmen und hat das bereits getan. Gleich mehrere Flächen im Gemeindegebiet waren für Windkraftanlagen in Frage gekommen.

Nach Beratungen in Ortschaftsräten und mit Grundstückseigentümern kristallisierte sich heraus, dass ein Areal zwischen Gröbern und Schmerz bebaut werden könnte. Hier können die rechtlich

geforderten Abstandsflächen von wenigstens 1.000 Metern von jedem Windrad bis zur ersten Wohnbebauung eingehalten werden. Die Gemeinde ist zudem um eine Feinjustierung bemüht, strebt ein Zielabweichungsverfahren an. Das von der Regionalen Planungsgemeinschaft Anhalt-Dessau-Wittenberg festgelegte Windvorranggebiet soll so verschoben werden, dass es besser zur Gemeinde passt.

Ertrag für die Gemeinde

Klar ist, dass Windkraft Nutzen bringen soll. In Muldestausee haben sich Kleinstwaldbesitzer zusammengesetzt, die sich vertraglich verpflichten, einen Teil ihrer Pachteinnahmen für Aufforstungsmaßnahmen und Waldumbau zu verwenden. Auch die Gemeinde dürfte vom Windpark profitieren. Laut Bürgermeister Giebler würden über den sogenannten Wind-Cent 0,2 Cent pro erzeugte Kilowattstunde in die Gemeinde und deren Ortsteile fließen. Das sind zehntausende Euro pro Jahr.

Die Emotionen schlagen dennoch hoch. „Wir werden weiter offen mit dem Thema umgehen. Es wird eine weitere Info-Veranstaltung geben“, bestätigt Giebler.